



Graz-Klagenfurt: Wirtschaft kritisiert Stadtpolitik

In rund einem Jahr wird die Koralmbahn beide Städte in rund 45 Minuten verbinden. Aus der Wirtschaft regt sich inzwischen heftige Kritik an den Stadtregierungen, die standortpolitische Initiativen vermissen lassen. Die Budgetaussichten beider Städte sind schlecht und Wirtschaftstreibende kommen unter Druck. Brauchen Graz und Klagenfurt einen standortpolitischen Weckruf?

Von Stefan Rothbart

Am 23. Jänner formierten sich zahlreiche Wirtschaftstreibende aus der Grazer Innenstadt zu einer Protestkundgebung vor dem Rathaus. Mit auffällig gelben Plakaten in den Auslage-scheiben der Geschäfte machen diese auf die mittlerweile kritische Situation des Innenstadthandels aufmerksam. Erst wenn der letzte Händler zugesperrt hat, die Industrien stillstehen und niemand mehr Unternehmer:in sein will, werdet ihr erkennen, dass die Stadt von Verkehrsberuhigung und Sozialpolitik allein nicht leben kann“ ist darauf etwa zu lesen. „Man darf im Rathaus nicht länger an den Problemen vorbeischaun, diese haben Auswirkungen auf den gesamten Standort“, mahnen WKO Steiermark Präsident Josef Herk und Bernhard Bauer, Obmann der Regionalstelle Graz. Wirtschaftliche Interessen seien in den letzten Jahren vernachlässigt oder gar behindert worden. Und das hat Folgen, wie das Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung (IWS) in einer neuen Untersuchung nun aufzeigt: „Graz

weist in vielerlei Hinsicht eine unterdurchschnittliche Entwicklung auf“, so etwa IWS-Leiter Ewald Verhounig. In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl der Arbeitgeberbetriebe in Graz in für urbane Zentren besonders wichtigen Branchen zum Teil massiv eingebrochen. So zum Beispiel in der Wirtschaftsklasse Handel von 1977 im Jahr 2008 auf zuletzt 1.616 – das entspricht einem Minus von 18,3 Prozent. Ähnliches gilt für die Industrie, wo der Rückgang im selben Zeitraum 17,7 Prozent beträgt: Zählte Graz 2008 noch 581 Industriebetriebe, so sind es heute 478. Durch den Rückgang von Arbeitgeberbetrieben in wichtigen Branchen fällt auch die Kommunalsteuerentwicklung unterdurchschnittlich aus.

Starker Rückgang der Frequenz

Für den Innenstadthandel besonders relevant ist die Erreichbarkeit. Diese sei aufgrund zahlreicher Baustellen und dem Abbau von Parkplätzen gesunken. Obwohl die Bevölkerung seit 2015 in Graz

von 274.000 auf über 298.000 gestiegen ist, ist die Zahl der bewirtschafteten Parkplätze (blaue und grüne Zone) im selbigen Zeitraum von 26.211 auf 24.733 gefallen. Daraus resultiert eine mangelnde Erreichbarkeit vieler Betriebe, die durch den öffentlichen Verkehr und den Ausbau der Rad- und Fußwege nur teilweise ausgeglichen werden kann. Ein wesentlicher Grund dafür, warum die Gesamtzahl der Handelsbetriebe im Bezirk Innere Stadt seit 2015 von 525 auf nunmehr 472 gesunken ist (-10,1 Prozent). Zuletzt ist H&M aus bester Lage am Hauptplatz ausgezogen. Dass Graz bereits viele völlig verwaiste Handels- und Geschäftsstraßen hat, sei noch zusätzlich erwähnt. Seit Jahren ist etwa das Bahnhofsviertel mit seiner einst florierenden Annenpassage wortwörtlich ausgestorben.

Politik hat andere Sorgen

Dass die Grazer-Stadtpolitik aber mit völlig anderen Nöten beschäftigt ist, als sich die Sorgen der Innenstadt-Geschäftsleute anzuhören zeigt die Reaktion mancher Stadtpolitiker auf die Protestaktion am Hauptplatz. Man wirft der Wirtschaftskammer vor „so gar nichts Positives“ mit der Protestaktion beizutragen. Obwohl die Protestaktion auch unter Wirtschaftstreibenden polarisierte, zeigt die Grazer-Stadtregierung wenig Interesse, eine Initiative für den Innenstadthandel zu ergreifen. Die Sorgen der Wirtschaftstreibenden werden als reine Wahlkampfaktion des Wirtschaftsbundes abgetan. Diese Einstellung der Grazer Stadtregierung kann man aber auch gut und gerne als ideologisch motiviert einstufen.

Klagenfurt nicht vorbereitet

Ähnliche Töne vernimmt man an anderen Ende der Pack in Klagenfurt. Eines der größten Entwicklungshemmnisse für Klagenfurt sei die desaströse Finanzlage der Stadt. Aktuell fehlen 18,7 Millionen Euro zu einem ausgeglichenen Budget. Das wäre ein deutliches Zeichen dafür, dass die Stadtpolitik den wirtschaftlichen Herausforderungen nicht gewachsen ist, heißt es dort aus der Wirtschaftskammer Kärnten. „Klagenfurt hat die Chance, sich als Wirtschaftszentrum zu positionieren, aber die Stadtpolitik agiert ohne Plan und Vision“, kritisiert dazu WK-Bezirksstellenobmann Franz Ahm. „Statt entschlossen zu handeln, wird gestritten, verzögert und verhindert – das kostet uns wertvolle Zeit und Chancen.“ Dies führe zu massiven Einschränkungen in allen Bereichen

der Stadtentwicklung. „Mit einer Stadt, die nur auf Sicht fahren kann, sind zukunftsweisende Investitionen unmöglich“, so Ahm. „Wir brauchen strategische Maßnahmen, um Gewerbeflächen zu entwickeln, Infrastrukturprojekte voranzutreiben und den Standort attraktiv zu machen – aber ohne finanziellen Spielraum bleibt all das auf der Strecke“, so Ahm weiters. Auch die Junge Wirtschaft macht mobil. Die Junge Wirtschaft fordert etwa eine Reihe von konkreten Maßnahmen, um Klagenfurt fit für die AREA SÜD zu machen. Zudem fehle es an Initiativen, den Wirtschaftsstandort Klagenfurt besser zu vermarkten, wie der Bezirksvorsitzender der Jungen Wirtschaft Klagenfurt, Markus Sylle, aufzeigt: „Standortmarketing ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, um Unternehmen, Investoren und Fachkräfte anzuziehen“, mahnt Sylle. „Wir

brauchen eine gezielte Strategie, die Klagenfurt als modernen, lebenswerten und wirtschaftsfreundlichen Standort präsentiert. Ohne klare Maßnahmen verlieren wir den Anschluss.“

Wirtschaftsstandort lässt zu wünschen übrig

Die Klagenfurter Konjunkturumfrage vom November 2024 zeigt auch, dass die Unternehmen heuer wenig positive Impulse erwarten. Die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsstandort lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Über 80 Prozent der Befragten stellen der Unternehmerfreundlichkeit der Landeshauptstadt ein nicht zufriedenstellendes Zeugnis aus. „Eine so verheerende Bewertung kann nicht ignoriert werden. Es braucht einen Dialog auf Augenhöhe“, so WK-Bezirksstellenleiter Markus Polka. <<



WKO Steiermark Präsident Josef Herk (r.) und Regionalstellenobmann Bernhard Bauer: „Wir brauchen eine Politik, die erkennt, dass eine Stadt nicht nur von sozialpolitischen Projekten und Verkehrsberuhigung lebt.“ Auch „Kastner & Öhler“-Vorstand Martin Wäg war unter den Teilnehmern.



Der Fahrplan der Klagenfurter Stadtpolitik zur Koralmbahn ist bis jetzt leider ein unbeschriebenes Blatt, kritisierten (v. l.) WK-Bezirksstellenleiter Markus Polka, WK-Bezirksobmann Franz Ahm und JW-Bezirksvorsitzender Markus Sylle.

